

A und F 50plus

**Akademiker und Freunde 50plus e.V.
Dresden**

Vorsitzender: Dipl. phil. Richard W. Hafemann
Elisenstraße 32, 01307 Dresden



Nr. 6 / 2014

Dezember 2014

A&F 50plus – MITTEILUNGEN FÜR MITGLIEDER UND FREUNDE

ehr geehrte Mitglieder und Freunde,

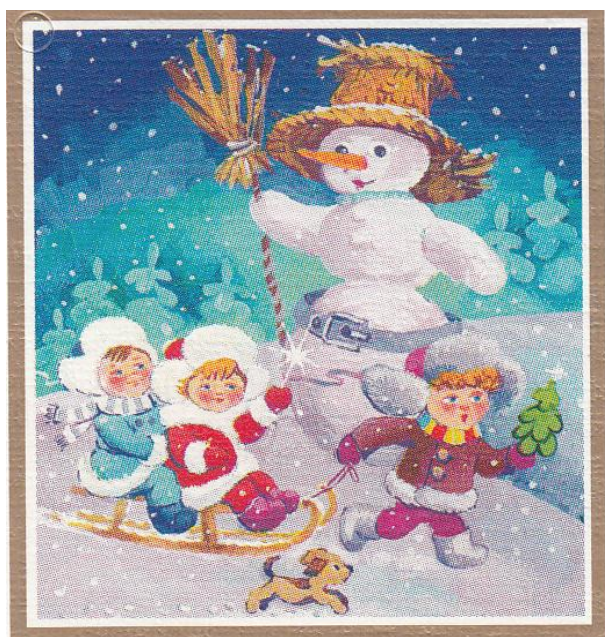
in der Mitteilung 6/2014 informieren wir Sie über die Ansprache unseres Vorsitzenden Herrn Richard Hafemann auf der Jahresabschlussfeier am 18.12.2014, über den Vortrag von Vorstandsmitglied Horst Korbella „25 Jahre danach – Herbst 1989, Anfang einer Endzeit“ zum Clubnachmittag am 23.10.2014, über 125 Jahre Deutsche Rentenversicherung und über Neues in der Rentenpolitik. Zuerst gratulieren wir aber traditionsgemäß Geburtstagskindern der Monate November und Dezember 2014 sehr herzlich und wünschen Ihnen für das neue Lebensjahr Gesundheit, Wohlergehen und viel Freude

Geburtstage im November

Frau Ruth Großmann, Herr Dr. Peter Haase-Rieger und Frau Maria Möbius.

Geburtstage im Dezember

Frau Christa Dietze, Frau Dr. Liselotte Entreß, Frau Dr. Renate Hoenow, Herr Hans-Peter Hübner, Herr Prof. Kurt Merker, Frau Gisela Waldmann und Herr Dr. Wilfried Weber.



Der Vorsitzende und der Vorstand

wünschen unseren Mitgliedern und Freunden sowie ihren Familien ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2014

Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
Vorsitzender Richard Hafemann: Ansprache zur Jahresabschlussfeier 2014	2
Vorstandsmitglied Horst Korbella: 25 Jahre danach – Herbst 1989, Anfang einer Endzeit	4
125 Jahre Deutsche Rentenversicherung – eine kritische Betrachtung	7
Neues in der Rentenpolitik:	8
Bericht über die Renten – Ost – Konferenz am 18.11.2014 in Halle	9
Bericht zum ARD-Magazin Monitor am 26.11.2014: „Griff in die Rentenkasse“	10

Ansprache des Vorsitzenden R. Hafemann zur Jahresabschlussfeier

Sehr geehrte Mitglieder unseres Vereins, liebe Freunde!

Vor wenigen Wochen, am 23. Oktober, war die Gründung unseres neuen Vereins ein Jahr her. Vor etwa 2 Jahren, am 24. Januar 2013, traf sich eine Initiativgruppe im Grunaer Casino, um über die Zukunft als Akademikerverein im BRH oder einer Neugründung zu beraten und Inhalte und Ziele zu fixieren. Heute können wir konstatieren, unsere Weichenstellung zu einem Neustart mit der Beachtung Gutes zu erhalten und uns auf neue Herausforderungen auszurichten, war richtig. Dies zeigt die Resonanz auf unsere Veranstaltungsangebote und Ihre aktive Mitwirkung bei der Umsetzung unserer Vorhaben.

Dabei ist nicht zu übersehen, dass unser Vereinsleben in einem komplizierten politischen und gesamtgesellschaftlichen Umfeld, sowohl innenpolitisch als auch international stattfindet.

Die internationale Welt ist besorgniserregend unruhiger geworden, Spannungsherde wurden nicht abgebaut, sondern vielfach neu geschaffen, und leider hat die deutsche Politik daran einen beachtlichen Anteil. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Deutschland in allen Ecken der Welt militärisch mitwirkt, die Beurteilung der Politik und vielfach der Presse sich immer mehr einseitig gegen Russland richtet und Deutschland permanent zum Zahlmeister für Krisengebiete wie Afghanistan, Irak oder die Ukraine gemacht wird, um nur einige zu nennen. Alles dies, weil es die USA so wollen und sich heute schon ins Fäustchen lachen, dass Sanktionen gegen Russland, Firmen und Einrichtungen in Deutschland und Europa schwächen und sie damit Konkurrenten loswerden. Die USA haben noch nie etwas getan, dass nicht ihren eigenen Interessen entspricht, und überall auf der Welt, wo sie angeblich Demokratie hinbringen wollten, führte das zu Krieg, Chaos, Flüchtlingen und Toten.

Diese Situation ist umso unerträglicher, als es ja im eigenen Land enorm viele Probleme gibt und auch hier die Schere zwischen Arm und Reich immer drastischer wird. Wo sind die Entscheidungen, Menschen mit gerechtem Lohn langfristig ein Auskommen zu sichern? Was wird gegen raffgierige Unternehmer im Niedriglohnssektor getan? Wo gibt es Entscheidungen, um den Schwächsten der Gesellschaft mehr zu helfen? Wo ist die Sorge um das Wohl älterer Menschen mit niedrigeren Renten, die ihr Leben lang gearbeitet haben und heute kaum Miete, Krankheitskosten und Lebensmittel bezahlen können? Man muss sich doch nur ansehen, wie viele Menschen in Deutschland die Tafeln aufsuchen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden ist jeder 5. Einwohner Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Das entspricht 16,2 Millionen Menschen bzw. 20,3 % unserer Bevölkerung.

Es ist doch nicht verwunderlich, dass viele Menschen sich bei Wahlen verweigern, bei Protesten mitmachen oder resignieren. Wo gibt die Politik Antworten, lässt das Volk mitbestimmen, und trifft Entscheidungen und Gesetzgebung im Interesse des eigenen Volkes?

Es ist doch schon erschreckend, wenn man sich Bundestagssitzungen zu wichtigen sozialen Themen anschaut und der Saal ist nur von 1/3 der Abgeordneten gefüllt. Geht es aber um eigene Pfründe, Diäten u.a., ist über alle Parteien hinweg Anwesenheit garantiert, Arroganz der Politik!

Umso wichtiger ist es, Menschen in unserem Land eine Möglichkeit zu geben, die Alltagsorgen für einige Stunden zu vergessen und sich mit gleichgesinnten zu treffen.

Ich denke, diesem Anspruch sind wir im Jahr 2014 in unserem Verein gerecht geworden. Auch wenn es immer etwas zu verbessern gibt und einige Menschen andere Vorstellungen vom Vereinsleben haben, so haben wir doch Einiges bewegt. Einen breiten Raum nahmen Angebote kultureller Art ein. Ob der Vortrag von **Dr. Michael** zu Canada, die Exkursion in den Spreewald, der Goethe-Nachmittag, der Rückblick auf die Wende oder das vielfältige Veranstaltungsangebot im musischen Bereich, die Teilnahme von Ihnen bestätigt uns die Richtigkeit unserer Schwerpunkte. Denjenigen, die hier die Hauptakteure waren wie z. B. **Maria Möbius, Liselotte Gründel, Irmhild von Kielpinski, Horst Korbella**, spreche ich meinen Dank aus.

Erfreulich ist auch die Entwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit und sozialen Vernetzung. So haben wir dank der Unterstützung von Maria Möbius einen Sponsor und eine Webmasterin für unsere Internetseite gewinnen können, haben durch die hervorragende Arbeit von **Prof. Wende** immer sehr interessante Mitteilungen für unsere Mitglieder und haben mit Hilfe von **Dr. Griese** den Zugang zur regionalen Presse aufgebaut.

Es bestehen Kontakte zu verschiedenen Parteien und Institutionen, wie z. B. zur Abgeordneten des Bundestags **Susann Rührich**, zur Staatsministerin **Dr. Eva Maria Stange**, zum Stadtrat **Axel Bergmann** oder zur Abteilungsleiterin im Sozialministerium **Judith Öxle**, die auch 2015 unser Gast in einer Veranstaltung sein wird, um nur einige Beispiele zu nennen. Seit Oktober diesen Jahres sind wir auch in das Pflegenetzwerk der Stadt Dresden integriert und erhalten die Möglichkeit der Teilnahme an allen Veranstaltungen. Im Jahr 2015 finden diese Veranstaltungen im Rathaus am 18. März, 17. Juni und 2. September statt, und Interessenten können über uns dazu eingeladen werden. So geht es z. B. im März um wichtige Fragen zu Sozialgesetzbuch XII, besonders um neue Leistungen.

Im Seniorenbeirat der Stadt Dresden ist unser Mitglied **Herr Stein** seit Langem aktiv und hält die Verbindung zu uns.

Für unsere Arbeit ist die Zusammenarbeit mit Partnern sehr notwendig. So danke ich ganz herzlich unserem Partner „Volkssolidarität Dresden“. Wir fühlen uns in der „Amadeus-Begegnungsstätte“ sehr wohl und werden vom Team um die Leiterin **Frau Borchert** hervorragend unterstützt.

Kontakte gibt es zur Dresdner Seniorenakademie unter Leitung von **Dr. Ritter**, und dank **Maria Möbius** zu vielen Kulturstätten unserer Landeshauptstadt.

Um bei Bedarf kompetente Ansprechpartner für unsere Mitglieder zu haben, haben wir zu wichtigen Bereichen Kontakte aufgebaut. So ist unser Mitglied Herr **Thomas Schmidt** als Spezialist für Risikoabsicherung und Vorsorge ansprechbar. Herr **Falk Bäume** hilft uns, wenn wir einen Notar benötigen. Frau **Dr. Susanne Cordts** (Leiterin des Sozialamtes Dresden), Frau **Claudia Schöne** und Frau **Sandra Möckel** vom Pflegenetzwerk sind bei Problemen bereit, unseren Mitgliedern zu helfen.

Liebe Mitglieder und Freunde,

wenn man bedenkt, dass wir gerade etwas über 1 Jahr bestehen und uns alle Kontakte aufbauen

mussten, denke ich, wir haben doch Einiges erreicht. Daran sind alle Vorstandsmitglieder und viele Verbandsmitglieder beteiligt. Ich spreche Ihnen dafür meinen herzlichen Dank aus. Die Arbeit im Vorstand, in Beiräten oder bei der Organisation unseres Vereinslebens ist immer ehrenamtlich und muss in Einklang mit der Familie und vielen anderen Pflichten geschehen.

Auch für 2015 haben wir uns Einiges vorgenommen. Die Planung für das 1. Halbjahr steht, und sie wird Ihnen wieder interessante Angebote machen.

Unsere Schatzmeisterin Gisela Waldmann sorgt unter den wachsamen Augen unserer Kassenprüferin Edith Robota dafür, dass wir korrekt wirtschaften. Frau Petra Kichmann organisiert unsere Homepage, in der u. a. neben vielen Informationen auch unsere Mitteilungen abrufbar sind.

Es wird nicht langweilig werden. Wir bitten Sie weiter um Ihre Kritik, Vorschläge und Anregungen.

Ein permanent wichtiges Thema für uns bleibt die Gewinnung neuer Mitglieder und Freunde. Wir freuen uns über Jeden, den Sie zu unseren Veranstaltungen mitbringen und der möglicherweise über das eigene Erleben den Weg zu uns findet.

Für heute wünsche ich Ihnen im Namen des Vorstands angenehme Stunden und interessante Gespräche.

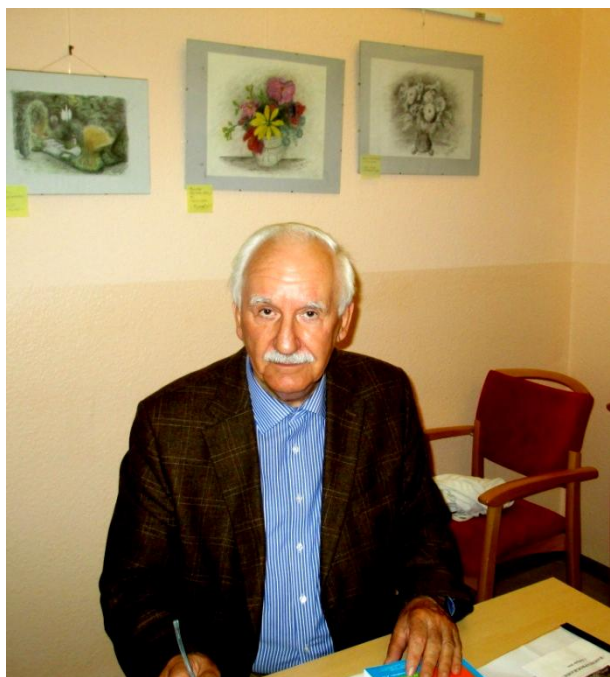
Zum Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine schöne Zeit und für das neue Jahr 2015 Gesundheit – Gesundheit und Glück.

Danke

Clubnachmittag zum Thema

„25 Jahre danach – Herbst 1989, Anfang einer Endzeit“

in der Begegnungsstätte „Amadeus der Volkssolidarität Dresden“ am 23.10.2014.



Der Vorstand von A&F 50plus hatte Mitglieder und Freunde zu einem Vortrag mit Diskussion unseres Vereins- und Vorstandsmitglieds **Horst Korbella** unter dem o. g. Thema eingeladen. Er hatte sich die Aufgabe gestellt, eine historisch exakte und kritische Bewertung des Ablaufs der Ereignisse vor 25 Jahren anhand der bekannten Fakten vorzunehmen. Für seinen sehr interessanten Vortrag erhielt er großen Beifall.

Herr Korbella hat eine gekürzte Fassung seines Vortragsmanuskriptes für die Veröffentlichung in den Mitteilungen an unsere Mitglieder zur Verfügung gestellt, wofür ihm gedankt wird.

Horst Korbella während einer Vorstandssitzung in der Begegnungsstätte „Amadeus“

Als Referent dieses Nachmittags habe ich 25 Jahre danach die Frage aufgeworfen, ob dies der Beginn einer Endzeit zwischen Aufbruch und Umbruch ... oder gar einer Revolution gleichkam?

Zunächst stellte ich einiges aus meiner Berufs- und CDU Parteitätigkeit dar, um zu vermitteln,

weshalb ich in dieser Zeit einer von denen war, die an der Spitze der seinerzeitigen Ost-CDU im Sinne notwendiger Veränderungen Mitfordernder und Mithandelnder geworden war.

Einleitend verwies ich darauf, dass mir die bisherige, bereits ein Viertel Jahrhundert andauernde Geschichtsaufarbeitung missfällt, die aus einem in Thüringen aktuell gegebenen Anlass z. B. wiederum in sich widersprechenden „Erörterungen“ über den „Unrechtsstaat DDR“ mündet, bei dem jedoch aus Gründen dort möglich gewordenen neuen Machterwerbs bzw. alten Machterhalts für jedermann erkennbar billiger Opportunismus eine Rolle spielt.

Geschichtsaufarbeitung suggeriert die Vorstellung, dass an bereits stattgefundenener Gegenwart, die somit Geschichte geworden ist, nachträglich gebastelt, oder verändert vielleicht sogar noch etwas korrigiert werden kann.

Besser wäre daher, wenn von Geschichtsauf**ber**eitung gesprochen würde, welche aus Geschichts-Darstellung, Geschichts-Information und vollständiger Geschichts-Vermittlung ohne verschweigen-de Geschichts-Inhalte bestehen müsste, um Ansatzpunkte für ein nachträgliches subjektives Interpretieren nach politischer Zweckmäßigkeit zu verhindern.

Von Beginn der „Geschichtsaufarbeitung“ an, ist ein fast willkürliches Herausgreifen bestimmter Details aus unseren eigentlich gemeinsam gelebten Biografien zum Zwecke der Diffamierung hier, und im nächsten Fall ein völliges Unterschlagen und Vernachlässigen der ähnlichen bzw. vergleichbaren Faktenlage dort zu beobachten.

Ganz problematisch wird es jedoch, wenn man sich an Geschichte **a**barbeitet, so wie der ehemalige, nicht ganz unbedeutende Genosse Berghofer, der in seinem neuesten Geschichtswerk die DDR u. a. mit „kleine, schmutzige, menschenverachtende Lüge“ apostrophiert.

Ich beschäftigte mich dann mit der Polit-Kategorie **Revolution** und musste bereits zu Beginn meiner Betrachtungen bemerken, dass gemessen an revolutionstheoretischen Begriffen am Herbst 1989 in der DDR nur die „vorrevolutionäre“ Situation stimmte.

Die meisten der Revolutionäre, die uns während der Geschichtsaufarbeitung in den letzten Wochen vorgestellt wurden, waren gar nicht da, sie waren außer Landes, saßen in Sonderzügen oder verweilten in ausländischen Botschaftshöfen.

Dagegen gab es im Lande tatsächlich einigen öffentlichen Protest. Die, die hier waren, haben die Revolution täglich, ausschließlich erst zwischen 16 und 17 Uhr begonnen, um die Planerfüllung nicht zu gefährden. Lothar de Maiziere selbst hat daher damals schon von einer **Feierabend-Revolution** gesprochen.

In diesem Sinne stimmt das Wort von der friedlichen ... jedoch nicht das von einer Revolution. Die neuen politischen Gruppierungen wie z. B. das Neue Forum stellten artig und korrekt ihre Anträge zur Registrierung beim Innenministerium und warteten auf die Genehmigungen, die nicht sofort, aber nach einigem Nachdruck etwas verzögert von den „zuständigen Organen“ erteilt wurden. Die beste Schriftstellerin des Landes (Christa Wolf) wurde gebeten, textlich einen öffentlichen Aufruf zu verfassen mit der Überschrift: „Für unser Land“, damit nichts Ungewolltes mit dem Land geschieht. Der von Staats wegen neu verordnete gesamtgesellschaftliche Dialog wurde gesittet und niveau-voll mit einer neuen Öffentlichkeit der Medien an runden Tischen praktiziert, brachte aber weder Ergebnisse noch Besserung der Verhältnisse.

Insofern fehlte das Wichtigste jeder Revolution, die politische Machtübernahme. Das was heute als Sieg und Ergebnis der Revolution gefeiert wird, wurde während der Höhepunkte der „Revolution“ im Herbst 89 bis weit ins Frühjahr 1990 von den Revolutionären heftigst attackiert, nämlich eine mögliche Einheit Deutschlands. „Kommt überhaupt nicht in Frage, dies ist unser Land“, riefen die Bürgerrechtler nun nicht mehr auf Straßen und Plätzen, sondern bereits in Tagungs- und Plenarsälen. Auf den Straßen waren die Losungen ausgetauscht worden. Es ertönten lautstark die

Rufe: „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“, auch dies hatte nicht das Geringste mit Revolution zu tun!

Um dies auch von kompetenter Seite zu belegen, konnte ich u.a. auf einige in den letzten Tagen in der Presse sehr akzentuiert transportierte Aussagen des Kanzlers der Einheit, Helmut Kohl verweisen, DER SPIEGEL 41/14; S 20

Die „Revolution“ endete, in dem die Revolutionäre, die sich als Bürgerrechtler verstanden, mitten aus den Dialogen von den Runden Tischen in den ersten freien und geheimen Wahlen nach einem demokratischen Wahlgesetz geradezu *hinweggewählt* wurden.

2,9 % aller Stimmen erhielt Bündnis 90, in dem z.B. die **Revolutionspartei Neues Forum** mit aufgegangen war!

Das Wahlergebnis vom 18.März 1990, das bis heute von keinem infrage gestellt worden ist, belegt, dass an diesem Tage keine Revolution siegte, sondern dass die zivilisierte **Abwahl** einer sich bis dahin als unfehlbar verstehenden **Führenden Partei** erfolgte. Im Unterschied zu heute betrug an diesem Tage die völlig freiwillige Wahlbeteiligung 93,22%.

Der Anteil der gewählten Parteien, die bereits in der DDR als Blockparteien wirksam gewesen waren (also ohne SPD) betrug 65,43 %, so viel gehen heute nicht einmal überhaupt zu einer Wahl!!

Das Volk wählte in erster Linie Leute, die man bereits kannte.

Hätte es damals schon eine 5%-Hürde gegeben, wie wäre die Geschichte wohl weiter verlaufen ???

Horst Korbella

(unter Verwendung einiger Unterlagen aus meinem Vortragskonzept)

Das **historische** Wahlergebnis vom 18.03.1990:

Partei	Prozent der Stimmen
CDU	40,91 %
SPD	21,84 %
PDS	16,33 %
DSU	6,32 %
Bund Freier Demokraten/LDPD	5,28 %
Bündnis 90	2,90 %
Bauernpartei/DBD	2,19 %
Grüne und unabhang. Frauenverb.	1,96 %
Demokratischer Aufbruch	0,92 %
NDPD	0,39 %
Demokratischer Frauenbund/DFD	0,33 %
Vereinigte Linke	0,18 %
Christliche Liga	0,09 %
KPD	0,08 %
USPD	0,03 % usw....

125 Jahre Deutsche Rentenversicherung

– Eine kritische Betrachtung –

Im 19. Jahrhundert brachte die Entfaltung des freien Kapitalismus in Deutschland die Verelendung breiter Arbeitermassen und schwerste Arbeitsbedingungen mit sich. Eine soziale Absicherung gab es nicht. Die daraus resultierenden Klassenkämpfe des 19. Jahrhunderts, z. B. der Weberaufstand 1844, die Revolution 1848 usw., beinhalteten daher soziale Forderungen an die herrschenden Klassen. Die Vorläuferpartei der SPD kämpfte innerhalb und außerhalb der politischen Institutionen um soziale Rechte für die Bevölkerung. Der konservative Reichskanzler Fürst Otto von Bismark verfolgte deshalb unter diesem Druck ab 1880 den Plan, die soziale Frage anzugehen und eine gesetzliche Sozialversicherung aufzubauen.

Im Jahr 1883 wurde die gesetzliche Krankenversicherung, im Jahr 1884 die gesetzliche Unfallversicherung und im Jahr 1889 schließlich nach langem Streit im Reichstag auch die gesetzliche Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt. Diese Versicherungen waren ein Meilenstein für die soziale Absicherung von Arbeitern und Angestellten.

Die Grundlagen der Finanzierung beruhten auf dem Prinzip „gleiche Anteile von Arbeitnehmer und Arbeitgeber plus staatlicher Zuschuss aus Steuermitteln“. Durch die Wahl des Umlageverfahrens (nicht der Kapitaldeckung!) ergaben sich Versicherungen, die sich auch in extrem schwierigen Zeiten (Weltkriege, Nachkriegszeiten, Inflation, Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise) als robust und zuverlässig erwiesen.

Am 2.12.2014 feierte die Deutsche Rentenversicherung ihr 125jähriges Bestehen mit einem Festakt und einer Ansprache der Bundeskanzlerin. Von der Deutschen Rentenversicherung wurde die sehr interessante Broschüre „125 Jahre gesetzliche Rentenversicherung“ (92 Seiten) herausgegeben, die auf der DRV-Internetseite eingesehen und von dieser heruntergeladen werden kann.

Auch die Seniorinnen und Senioren unseres Verbands „Akademiker und Freunde 50plus“, die ihren geruhsamen und im wesentlichen materiell abgesicherten Lebensabend der sehr guten Arbeit der Deutschen Rentenversicherung zu verdanken haben, reihen sich in die das Ereignis Würdigenden und Danksagenden ein. Deshalb soll in unserem Mitteilungsblatt diesem großen sozialen Ereignis gedacht werden.

In der Ansprache der Bundeskanzlerin wurde die sozial schwierige Situation der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert sowie der daraus hervorgehende Entschluss des damaligen konservativen Reichskanzlers Fürst Otto von Bismark dargestellt. Mit keinem Satz erwähnte die Bundeskanzlerin weder den Klassenkampf mit seinen vielen Opfern noch den unermüdlichen Kampf der Fraktion der Vorgänger-SPD im Reichstag um diese Sozialversicherungen.

Die Bundeskanzlerin würdigte die 125 Jahre gesetzliche Rentenversicherung als eine Erfolgsgeschichte, die sich in guten wie in schlechten Zeiten bestens bewährt hat. Dazu zählt auch die vom konservativen Bundeskanzler Konrad Adenauer 1957 in Kraft gesetzte Rentenreform, mit der die Rentenleistungen an die Entwicklung der Bruttolöhne und –gehälter ausgerichtet wurde. Für die Rentenversicherung der DDR hatte sie leider nur einen einzigen Satz übrig, der noch dazu inhaltlich falsch ist: „In der DDR hingegen kam es zu einer Einheitsversicherung“.

Zur Zukunft der Altersversorgung führte die Bundeskanzlerin aus: „Kurz nach der Jahrtausendwende wurden einige wichtige Neuerungen auf den Weg gebracht (von wem – Schröder und Riester, SPD – wurde nicht erwähnt). Neben der gesetzlichen Rente als wichtigste Säule der Alterssicherung werden künftig die private und die betriebliche Altersvorsorge für die Sicherung des Lebensstandards sorgen. Auch heute – im Jahr 2014 – zeigt sich die gesetzliche Rentenversicherung als stabiles System, das gut aufgestellt ist.“

Bereits in mehreren Beiträgen unseres Mitteilungsblatts haben wir uns mit der von allen Bundesregierungen seit 2001 avisierten, mit dem demografischen Wandel (Demografielüge) begründeten, neuen Altersversorgung befasst und sie heftig kritisiert. Viele Neurentner wurden seit 2001 schon von diesem neuen System, an dem die Bundeskanzlerin festhält und für das sie gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner SPD nach wie vor wirbt, enttäuscht. Für die Altersversorgung gilt also: weiter so – vorwärts in die Massenaltersarmut und in die von Bundeskanzlerin und ihrer Partei heftig beschimpfte „DDR-Einheitsrente“ an der Armutsgrenze.

Der Sozialexperte der CDU, der ehemalige Bundessozialminister Norbert Blüm, der von Anfang an gegen das Versorgungsmodell von Schröder und Riester von 2001 Position bezogen hat, äußerte sich in der Saarbrücker Zeitung vom 03.12.2014 sehr kritisch zu den Ausführungen der Bundeskanzlerin auf der Festveranstaltung. Dazu ein Auszug:

„Ich halte die gesetzliche Rente nicht mehr für sicher. Wenn das Rentenniveau weiter so sinkt wie in den letzten Jahren, dann kommt man in die Nähe der Sozialhilfe, was die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur um ihren guten Ruf bringt, sondern auch um ihre soziale Sicherungsfunktion. Ein System, aus dem man mit Beiträgen nicht mehr bekommt als jemand, der keine Beiträge gezahlt habe, erledigt sich von selbst.“

Aus dem Inhalt dieser Ansprache müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein Gegensteuern der Großen Koalition in der Rentenversorgung nicht zu erwarten ist. Ein Umdenken und Handeln ist nur durch „Druck von der Basis“ zu erwarten. Dazu müssen sich alle Sozialorganisationen und sowohl Alt als auch Jung zu einem Bündnis zusammenschließen, um mit großem Druck von den Regierenden die sichere und ausreichende Altersversorgung einzufordern. Denken wir dabei an die arbeitenden Menschen des 19. Jahrhunderts und deren anfänglich wenig aussichtsreichen, teilweise auch blutigen Kampfes um soziale Absicherung! Steter Tropfen höhlt den Stein.

Prof. Dietrich Wende

Neues in der Rentenpolitik

Nachdem die Regierungskoalition mit „Rente mit 63“ und „Mütterrente“ ihre soziale Kompetenz selbst gefeiert hat und nun vor allen weiteren Versorgungsproblemen der Seniorinnen und Senioren erst einmal abtaucht, kommt wieder „Bewegung von unten“ in die nach wie vor ungelöste Gesamtproblematik. Dazu sind u.a. die Rentenkonferenz des Seniorenrates der Stadt Halle am 18.11.2014, die Fernsehsendung Plusminus vom 26.11.2014 und die Fernsehsendung der Frau Maischberger vom 27.11.2014 zu benennen, deren Inhalte und Ergebnisse hier gekürzt wiedergegeben werden sollen.

Der **Seniorenrat der Stadt Halle** hatte als Beitrag zur „**Woche der Toleranz**“ die ostdeutschen Seniorenräte für den 18.11.2014 zu einer **Renten-Ost-Konferenz** eingeladen, die unter folgendem Thema stand:

25 Jahre Wiedervereinigung – Noch immer Benachteiligung der Ostrentner –

Der Seniorenrat verfügt über ein Netzwerk Betroffener aus fast allen Neuen Bundesländern. Er arbeitet unter dem Leitspruch, „**nur wenn wir zusammenstehen, können wir gehört werden**“. Auch diejenigen, die gegenwärtig noch nicht unmittelbar von der Rentenproblematik betroffen sind, werden spätestens dann damit konfrontiert werden, wenn sie selbst Altersversorgung beanspruchen. Sie sollten sich deshalb auch jetzt schon mit den jetzigen Rentnern solidarisch zeigen. Von den Konferenzteilnehmern wurde ein offener Brief verabschiedet, der in ausdrücklicher Absicht an betroffene und interessierte Bürger weitergereicht werden soll:

Offener Brief an alle Bundestagsfraktionen

Auch im 25. Jahr der Wiedervereinigung gibt es bisher keine Anzeichen, dass die im Grundgesetz verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland in absehbarer Zeit erreicht wird.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz fordern deshalb alle Fraktionen im Deutschen Bundestag auf, umgehend, noch im 25. Jahr der Wiedervereinigung die Beseitigung noch immer bestehender Ungerechtigkeiten und des Unrechts gegenüber den Ostrentnerinnen und Ostrentnern auf den Weg zu bringen.

Seit Jahren blockieren die Bundesregierung, insbesondere das Bundessozialministerium, und auch der Deutsche Bundestag, alle Vorschläge von Gewerkschaften, Sozial- und Interessenverbänden, die Schlechterstellung der derzeitigen und auch der künftigen Ost-Rentnergenerationen endlich zu beseitigen. Absichtserklärungen in Koalitionsvereinbarungen werden nicht eingehalten oder so vage formuliert, dass jegliches Vertrauen in die politischen Gremien verloren gegangen ist. Ja selbst Versprechen der Bundeskanzlerin auf dem Deutschen Seniorentag 2009 sind heute Schall und Rauch.

Konsequenz dieser politischen Untätigkeit ist:

- Noch immer, und das seit nunmehr über 20 Jahren, erhalten, bedingt durch den niedrigeren Rentenwert, Ostrentner deutlich niedrigere Renten als Westrentner bei vergleichbarer Lebensleistung.
- Noch immer bestehen Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung, weil die politischen Mehrheiten im Bundestag, wohl aus finanziellen Gründen, nicht bereit waren, Unrecht und Ungerechtigkeiten gegenüber ganzen Berufsgruppen im Osten zu beseitigen. Die vom Unrecht Betroffenen fühlen sich ihrer Würde beraubt und haben den Glauben an den Rechtsstaat verloren.

Problematisch dabei ist, dass die Untätigkeit oder der Unwillen zum politischen Handeln damit bemäntelt wird, dass man nicht künftige Rentnergenerationen benachteiligen oder Ost-Rentner beim Rentenrecht nicht bevorteilen dürfe.

Unsere Position ist: Ein Gegeneinander-Ausspielen der heutigen und der künftigen Rentnergeneration und auch der Rentner Ost und West darf es nicht geben.

Wir fordern:

1. Eine schnellere Rentenwertangleichung Ost an West, damit die derzeitige Rentnergeneration Ost nicht noch auf weitere Jahre deutlich niedrigere Renten erhält, als die Rentnergeneration West bei gleicher Lebensleistung. Schon seit über 20 Jahren wurde den Ostrentnern ein Teil der ihnen zustehenden Rente vorenthalten; damit muss jetzt Schluss sein!
2. Konkrete Schritte zur Beseitigung noch bestehender Ungerechtigkeiten aus der Rentenüberleitung. Diese Ungerechtigkeiten, die teilweise sogar Unrecht sind, sind den politischen Gremien seit Jahren bekannt. Bis auf Absichtserklärungen in Parteiprogrammen oder die Aufstellung von „Listen der zu lösenden Probleme“ gab es aber bisher keinerlei Bereitschaft zum politischen Handeln. Im BMAS wurde alles blockiert.
3. Im Zusammenhang mit der Anhebung des Rentenwerts Ost und der Herstellung eines einheitlichen Rentenrechts die Erarbeitung von Lösungen zur Beibehaltung der Hochwertung von Löhnen für die Gebiete, in denen niedrigere Löhne gezahlt werden, und zwar in Ost und West.

Diejenigen, die für die gleiche Arbeitsleistung und die gleiche Tätigkeit schlechter bezahlt werden, als in anderen Tarifgebieten, egal ob in West oder Ost, sollen später letztlich deshalb nicht auch noch niedrigere Rente erhalten.

Die derzeitige Regierungskoalition, alle Bundestagsfraktionen sind gefordert!

Die oft gegebene Erklärung, alles zu tun, um auch die „Innere Einheit“ zu verwirklichen, wird nur dann glaubhaft, wenn auch die soziale Einheit gestaltet wird. Dazu gehört in jedem Fall auch die Herstellung von Recht und Gerechtigkeit bei den Renten. Die Schlechterstellung der Ost-Rentner muss endlich beendet werden.

Halle, den 18. November 2014

Autor des Offenen Briefes: Dipl.-Gwl. Dipl.-Ing. Günter Lederer, Email glederer@gmx.de

Griff in die Rentenkasse

Unter dieser Überschrift stand am 26.11.2014 die Sendung des Magazins Plusminus der ARD. Die Moderatoren legten in sehr eindrucksvoller und überzeugender Weise dar, wie die große Koalition aus CDU/CSU und SPD ihre Verfügungsgewalt über die Kasse der gesetzlichen Rentenversicherung nutzt, durch Ausplünderung der Rentenkasse ihre Wahlversprechen, die versicherungsfremde Leistungen sind und nicht in das gesetzliche, umlagefinanzierte Rentensystem gehören, zu finanzieren, um beim Wahlvolk zu punkten.

Dazu gehört auch die schrittweise Senkung des Rentenversicherungsbeitrags, die vor allem den Gewinn der Unternehmer, die 50 % des Gesamtbeitrags übernehmen, steigert. Dafür gab es von den Unternehmerverbänden großes Lob für die Kanzlerin, verbunden mit der Forderung nach einem „weiter so“. Die Beitragssenkung wurde nicht etwa allein durch die gute Wirtschaftslage möglich, wie von der Kanzlerin behauptet, sondern ist Folge der unverantwortlichen unsozialen Rentenreform von Schröder und Riester vom Jahr 2001. Die heutigen Beitragszahler werden sich wundern, wenn ihre Einstiegsrente nur noch 43 % gegenüber den Einstiegsrentner vom Jahr 2000 mit 68 % beträgt, also an der Armutsgrenze liegt bzw. gerade mal der Grundsicherung entspricht.

Diese schädliche Entwicklung wird von gut bezahlten Pseudo-Rentenexperten benutzt, um mit dem Slogan „Die Alten plündern die Jungen aus“, Alt gegen Jung aufzubringen. In der Sendung von Frau Maischberger verstieg sich der Vertreter der Unternehmerverbände sogar zu der Forderung, zur Wahrung des Gleichheitsgebots des Grundgesetzes und zur Vermeidung einer Überstrapazierung der jungen Beitragszahler die heutigen Bestandsrenten abzusenken.

Sowohl in der Plusminus- als auch in der Maischberger-Sendung wurde zwar der Istzustand schonungslos dargestellt, aber leider nicht ausreichend auf Vorschläge zur Abhilfe eingegangen. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die gesetzliche Rente durch Rückbau der Reform von Schröder und Riester gestärkt wird, alle versicherungsfremden Leistungen herausgenommen und steuerfinanziert werden und wenn die Kontrolle der Ausgaben strengsten demokratischen Spielregeln unterworfen und von einer von der Politik unabhängigen Institution wahrgenommen wird.

Die nur für die Versicherungswirtschaft sehr rentable Riester-Rente (bis zu 40 % für die Versicherungsunternehmen!) ist durch ein neues Modell zu ersetzen (umlagefinanziert, von der gesetzlichen Rentenversicherung mit höchstens 5 % Kosten zu verwalten und sofort rentenwirksam). Die Formen des privaten Alterssparens sind staatlich zu fördern und dem Renditestreben der Versicherungswirtschaft zu entziehen.

Eine schnelle Änderung ist von den Politikern nicht zu erwarten, sondern nur über den Weg einer Verfassungsklage anzubahnen. Aber wer setzt sich dafür den Hut auf?

Gekürzte zusammenfassende Textfassung auf der Plusminus-Internetseite von Ingo Blank:

Das Rentenpaket

Die Rente mit 63. Die Mütterrente. Wahlgeschenke, für die sich die Regierung gerne feiern lässt. Diese Wohltaten werden aber aus der Rentenkasse finanziert, und damit werden die Versicherten selber zur Kasse gebeten.

Versicherungsfremde Leistungen - Politischer Diebstahl

Für den ehemaligen Vorsitzenden des Arbeitskreises Sozialpolitik und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion **Rudolf Dreßler** ist das „politischer Diebstahl“, der ihn in Rage bringt. Das ganze Gerede über die Rentenversicherung würde seiner Meinung nach gar nicht stattfinden, wenn der Staat seinen Aufgaben entsprechend „das alles erstatten würde, was er an guten Leistungen dem Bürger versprochen oder kredenzt hat.“

Geringere Rentenerhöhungen

Die Deutsche Rentenversicherung schätzt, dass das Rentenpaket bis 2030 zu Mehrausgaben von rund 160 Milliarden Euro führt, die nur zu 15 Prozent durch Steuermittel ausgeglichen werden. „Der Rest ist nicht nur von den Beitragszahlern, sondern in erheblichem Maße auch von den Rentnern zu finanzieren, da höhere Beitragssätze und höhere Rentenausgaben die Rentenanpassungen dämpfen und damit das Rentenniveau weiter senken“.

Die Rentenanpassungsformel

Alle Mehrausgaben der Rentenversicherung führen wegen des Faktors Alpha der Rentenanpassungsformel automatisch zu geringeren Rentenerhöhungen. Die Deutsche Rentenversicherung rechnet mit einem Absinken der „Netto-Standardrente“ von 1,6 Prozent bereits ab 2015.

Der Griff in die Rentenkasse

Der Griff der Politiker in die Rentenkasse hat eine lange Tradition. Seit 1957 werden immer wieder gesellschaftliche Aufgaben aus der Rentenkasse finanziert. In der Regel sind es Maßnahmen zum sozialen Ausgleich. Beispiele sind: Kriegsfolgelasten, Ausgleichszahlungen für SED-Unrecht, Fremdrenten - etwa für Aussiedler - Anrechnungszeiten bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit, Hinterbliebenenrenten, abschlagsfreie Renten vor 65 und die Anerkennung von Erziehungszeiten.

Ausgleich durch Bundesmittel

Allerdings erhält die Rentenversicherung dafür Ausgleichszahlungen aus Bundesmitteln - und nicht wenig. Zurzeit rund 80 Milliarden Euro. Die sollen laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausreichen, die Ausgaben der Rentenversicherung für die sogenannten versicherungsfremden Leistungen in etwa auszugleichen.

Zweifel an den Zahlen der Bundesregierung

Otto Teufel ist Mitgründer der Aktion Demokratische Gemeinschaft, die sich seit vielen Jahren für eine von allen Bürgern getragene Alterssicherung einsetzt. Er bestreitet, dass die Zahlungen des Bundes ausreichen. Nach seiner sogenannten „Teufel-Liste“ summieren sich die Fehlbeträge seit 1957 auf über 680 Milliarden Euro. Aktuell seien es noch immer etwa zwölf Milliarden im Jahr, die noch obendrauf kommen, das neue Rentenpaket mit rund zehn Milliarden sei noch nicht dabei.

Nutznieser verhindern Transparenz

Otto Teufel fordert seit Jahren mehr Transparenz und eine klare Definition und Offenlegung der sogenannten versicherungsfremden Leistungen. Aber gerade die, die darüber entscheiden, hätten wenig Interesse an Transparenz. Sie seien schließlich Nutznießer des gegenwärtigen Systems.

Politiker, Beamte und Richter würden alle keine Beiträge in die Rentenversicherung zahlen und dadurch massiv von Ausgaben entlastet. Das seien aber genau die, die auch das Sagen haben.

Rentenniveau ohne Fremdleistungen

Auch der langjährige Vorsitzende des Sozialbeirats, Professor Winfried, kritisiert die einseitigen Belastungen der gesetzlich Versicherten. Kaum einer hat einen Einblick in die Finanzen der Rentenkasse wie er.

Würden die versicherungsfremden Leistungen wirklich aus Steuermitteln finanziert, würden die frei werdenden Mittel ausreichen, auch künftig ein angemessenes Rentenniveau zu sichern, ohne dass die Beiträge massiv steigen müssten. 22 bis 24 Beitragssatzpunkte würden ausreichen.

Allein die Steuer-Finanzierung der Hinterbliebenenrenten und des Rentenpakets würden die Beitragszahler um 3,5 bis fünf Beitragssatzpunkte entlasten. Zum Vergleich: Statt des aktuellen Beitragssatzes von 18,9 Prozent würden 15,4 oder gar 13,9 Prozent zur Finanzierung der Renten ausreichen. Ein Beitragssatzpunkt entspricht rund 12,5 Milliarden Euro.

Lohnersatz

Würde der Staat die versicherungsfremden Leistungen im vollen Umfang ausgleichen und die dann frei werdenden Gelder zur Finanzierung der Renten nutzen, wäre das eine große Chance, das gesetzliche Rentenversicherungssystem wieder auf seine ursprüngliche Funktion zurückzuführen, nämlich einen wirklichen Lohnersatz zu garantieren und das würde maßgeblich dazu beitragen, viele, die sonst von Altersarmut bedroht sind, davor zu bewahren.

Altersarmut

Inzwischen sei es ja offensichtlich, dass aufgrund der politischen Entscheidungen seit 2000 Altersarmut zunimmt und in Zukunft noch stärker zunehmen werde. Immer mehr Versicherte seien nicht in der Lage, die Lücke durch private oder betriebliche Altersvorsorge zu schließen, die durch die politisch gewollte Senkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgerissen wurde.

Neuer Generationenvertrag

Im Augenblick würden die Generationen gegeneinander aufgebracht, weil das Geld nicht mehr zur Verfügung steht, sagt Rudolf Dreßler, weil „der Staat es sozusagen per Diebstahl den Rentenversicherungseinnahmen entzieht und damit logischerweise das gesamte System diskreditiert“. Die ganze Rentenpolitik würde auf neue gesunde Füße gestellt, wenn die Kosten für versicherungsfremde Leistungen tatsächlich erstattet und das gesetzliche Rentensystem politisch nicht länger schlecht gemacht würden.

Zusammenfassende Darstellung von Prof. Dietrich Wende

Endredaktion:
Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Redaktionsschluss:
24.12.2014

Impressum		
Postanschrift: Akademiker und Freunde 50plus e.V. Treff „Amadeus“ Striesener Straße 2 01307 Dresden		Tel.: 0351-4496116 PKW: 0151 – 22330838 Internet: www.akademiker-und-freunde.de Email: akafreu50plus@online.ms
Vorstand: Dipl. phil. Richard W. Hafemann Dr. sc. phil. Rosemarie Griese	Dipl. Kulturwiss. Maria Möbius Dipl.-Ing. Horst Korbella	Frau Gisela Waldmann Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende